

N i e d e r s c h r i f t

der 4. Sitzung des Hauptausschusses am 17.11.2004

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Zeit: 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler

Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Hendrik Lange	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Heidrun Tannenber	PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Friedemann Scholze	FDP
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Frau Sabine Wolff	Neues Forum
Herr Eberhard Doege	
Herr Dieter Funke	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	
Frau Annemarie Kraft	
Herr Franz Stänner	
Frau Jane Unger	
Herr Thomas Willecke	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	vertreten durch Herrn Thomas Godenrath und Herrn Milad El-Khalil (ab 17:10 Uhr)
Herr Johannes Krause	SPD	vertreten durch Herrn Dr. Frank Eigenfeld
Herr Mathias Weiland	GRÜNE	vertreten durch Herrn Dietmar Wehrich
Herr Dr. Thomas Pohlack		
Frau Dagmar Szabados		

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 4. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, dass folgende Punkte von der Tagesordnung abzusetzen seien:

- 4.3. Baubeschluss Erschließungsmaßnahme Industriepark Chemiestraße
Vorlage: IV/2004/04375 Gleiche Voten in den Fachausschüssen
- 4.4. Phänomene
Vorlage: IV/2004/04534 noch nicht behandelt im Kulturausschuss und im
Finanzausschuss
- 4.5. Antrag auf überplanmäßige Ausgaben in den Unterabschnitten 4550 und 4560
Vorlage: IV/2004/04505 Gleiche Voten in den Fachausschüssen

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **Tagesordnung** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2004**
4. **Vorlagen**
- 4.1. **Hauptsatzung**
Vorlage: IV/2004/04501
- 4.2. **Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtsperiode 01. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008**
Vorlage: IV/2004/04520
- 4.3. Baubeschluss Erschließungsmaßnahme Industriepark Chemiestraße
Vorlage: IV/2004/04375 *zurückgezogen*
- 4.4. Phänomene
Vorlage: IV/2004/04534 *zurückgezogen*
- 4.5. Antrag auf überplanmäßige Ausgaben in den Unterabschnitten 4550 und 4560
Vorlage: IV/2004/04505 *zurückgezogen*
5. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 5.1. **Antrag der PDS-Fraktion zur "Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt auf dem Gertraudenfriedhof"**
Vorlage: IV/2004/04512
6. **Anfragen von Stadträten**
7. **Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.10.2004

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 20.10.2004.

Die Mitglieder des Hauptausschusses **genehmigten** ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 3. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 20.10.2004 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Hauptsatzung Vorlage: IV/2004/04501

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte, dass der vorliegende Entwurf das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe sei.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die Formulierung des § 6 (2) ein; dies sei die vorgeschlagene Fassung der Verwaltung. Die Intentionen seiner Fraktion seien eher gleich denen der Stadt Leipzig, wo gesagt werde, dass leitende Bedienstete – Fachbereichsleiter und alle Beauftragten sowie alle Beamten und Angestellte ab Besoldungsgruppe A 16 bzw. Vergütungsgruppe BAT I Ost – der Zustimmung des Hauptausschusses unterliegen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, in einer solchen Formulierung sehe sie keinen Sinn, da sie für alle Angestellten und Beamten die Verantwortung und Hoheit habe. Ab einer bestimmten Vergütungsgruppe, dabei gehe es um die Bedeutung der Aufgabe und um Geld, müsse der Hauptausschuss zustimmen. Sie denke aber, er sollte nicht damit befasst werden, wenn es bei den Aufgaben von Beauftragten um Tätigkeiten ohne besondere Bedeutung gehe, die sonst auch nicht in den Zustimmungsbereich fallen würden.

Herr **Godenrath** erwiderte, es gehe um die Entscheidung zu formulieren, der Hauptausschuss solle für eine Zustimmung bei allen Beauftragten zuständig sein oder nur für die Beauftragten, die außerhalb der Verwaltungsstruktur laufen. Dazu sollten sich die Fraktionen eine Meinung bilden.

Herr **Weihrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, äußerte, für ihn stehe das Problem, wie man mit Beauftragten umgehe, die überhaupt nicht in die Besoldungsgruppen des Öffentlichen Dienstes passen, die Sonderverträge haben.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, in diesen Fälle handle es sich um Beraterverträge, die in den Vergabeausschuss gehörten. Sie bat Herrn Godenrath zu begründen, warum für jeden Beauftragten die Zustimmung des Hauptausschusses notwendig sein solle.

Herr **Godenrath** verwies auf das Beispiel des Olympiabeauftragten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, sie wehre sich dagegen, dem Tenor, der hier herrsche - die Kompetenzen des Oberbürgermeisters immer weiter beschneiden zu wollen – zu entsprechen.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, beantragte mit einem **Geschäftsordnungsantrag** den Abbruch der Diskussion.

Der Hauptausschuss entsprach diesem Anliegen.

Herr **Godenrath** wiederholte seinen Änderungsantrag (*Änderung in § 6 (2): ...über die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Fachbereichsleiter und der Beauftragten und Leiter der Regiebetriebe einschließlich...*)

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag
Stadtrat Godenrath: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmungsergebnis Vorlage in mod. Form: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die anliegende Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) vom 15. Dezember 2004.

zu 4.2 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle für die Amtsperiode 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2008
Vorlage: IV/2004/04520

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies auf ein Austauschblatt hin.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte zu den Namen unter den Positionen 45 und 46 (unterschiedliche Schreibweise der Namen, jedoch gleiche Anschrift)

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Prüfung und gegebenenfalls eine Korrektur zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat schlägt dem Wahlausschuss die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richter vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der PDS-Fraktion zur "Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt auf dem Gertraudenfriedhof"

Vorlage: IV/2004/04512

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, die erneut angebrachte Gedenktafel für die Bestatteten der so genannten „Torgauer Urnen“ zu entfernen und das Hausrecht in diesem Sinne durchzusetzen. Gleichzeitig ist der Charakter eines Ehrenhains für die Toten, unter denen sich eine große Zahl verurteilter Kriegsverbrecher befindet, zu beseitigen.

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte das derzeitige Vorgehen der Stadt.

Herr **Bartl**, CDU-Fraktion, fragte, wie Verwaltung und Fraktionen über das gestellte Vergleichsangebot – erweiterter Text - denken.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Verwaltung habe - ohne den vorgeschlagenen Vergleich abzulehnen – das Gericht gebeten, in der Sache vorerst keine Entscheidung zu treffen, um das sachliche Urteil und die Empfehlung der Historiker abzuwarten.

Herr **Bartl** fragte zu dem Personenkreis, der über die Angelegenheit beraten soll, und zum Kostenpunkt.

Herr **Stänner**, Pressesprecher, informierte, es werde im Januar eine konstituierende Sitzung geben, zu der neben den Historikern auch Vertreter der Fraktionen sowie Vertreter der Opferverbände geladen werden. Nach der Beratung werde es eine Empfehlung geben. Die Kosten werden sich auf Reisekosten u.ä. beschränken.

Herr **Dr. Meerheim** erklärte, seine Fraktion akzeptiere dieses Vorgehen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der **Antrag** wurde bis zur Bekanntgabe der Empfehlung der gebildeten Arbeitsgruppe **v e r t a g t**.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Frau **Prof. Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, kündigte einen Änderungsantrag ihrer Fraktion an, die Phase 1 solle mit sehr detaillierten Kosten untersetzt werden (Transport, Aufbau, Dach, Eingang, Bewachung u.a.). Sie fragte, ob diese Angaben bis zum nächsten Stadtrat zugearbeitet werden können.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** machte in ihrer Antwort das Angebot, in die Planungen des Zürcher Forums einzusehen. In diesem genannten kurzen Zeitraum sei es nicht möglich, die gewünschten Daten vorzulegen.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass im Kulturausschuss über die Vorlage hätte debattiert werden können; das sei jedoch nicht geschehen. Sie finde die Vorgehensweise von Frau Prof. Vent nicht in Ordnung.

Herr **Godenrath** sprach zu folgenden Punkten

- Kaiserslauterer Straße – Nichtöffnung
- Künstlerhaus 188 – Strukturanalyse
- 5. Ausgabe Halle-Buch – Vorstellung im Dezember-Stadtrat

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, bezüglich der Kaiserslauterer Straße gebe es eine ausführliche ständige Diskussion. Es gebe unterschiedliche Reaktionen der Bürger zu einer Öffnung bzw. Nichtöffnung, eine Entscheidung sei schwierig. Die Straße werde nicht geöffnet werden können, so lange man nicht die Gesamtanbindung dieser Straße anders geregelt habe.

Zum Künstlerhaus 188 werde dem Stadtrat im Dezember eine Vorlage vorgelegt.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, ergänzte, in die Strukturanalyse sei von den Fraktionen eingesehen worden; dazu habe es einen Antrag auf Akteneinsicht gegeben.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bat, jeder Fraktion ein Exemplar dieser Analyse zur Verfügung zu stellen, ebenso eines der Kienbaumstudie am Opernhaus.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte dies zu.

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, fragte, ob es bereits konkrete Interessenten oder Aktivitäten der Entwicklungs- und Verkehrsgesellschaft im Zusammenhang mit der DHL-Ansiedlung hinsichtlich der erschlossenen Grundstücke der Stadt gebe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, soweit sei die Sache noch nicht gediehen.

Herr **Godenrath** kam nochmals auf die Thematik Hauptsatzung zu sprechen. In § 5 Bildungsausschuss, Sportausschuss sei eine andere Formulierung gewählt worden als die, zu der man sich in der Arbeitsgruppe verständigt hatte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte zu, dass die Vorlage bezüglich der gewünschten Formulierung korrigiert werde.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, fragte, ob eine Öffnung des Weihnachtsmarktes bis zum 24. Dezember möglich sei.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, antwortete, dies sei einmal praktiziert worden. Die Stadt habe dabei an den Folgetagen einen relativ hohen Bewachungsaufwand finanziell abzugelten gehabt und es sei dann entschieden worden, den Weihnachtsmarkt so zu schließen, dass bis zum 24. Dezember noch abgebaut werden könne.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 7 **Mitteilungen**

Wortprotokoll:

Herr **Doege** informierte

- zur Thematik **Außenbewirtschaftung der Gastronomiebetriebe** in den Wintermonaten
65 Gastronomiebetriebe seien angeschrieben worden mit dem Hinweis, die Stadt würde eine Außenbewirtschaftung mit einer deutlich geringeren Gebührenerhebung unterstützen; ein Betrieb habe Interesse angemeldet, ein Betrieb möglicherweise, sechs hätten kein Interesse bekundet, 57 hätten sich überhaupt nicht gemeldet. Die Verwaltung halte das Angebot eines Ermäßigungssatzes bis März auf 25 % pro Quadratmeter offen.
- Im **Einwohnermeldeamt** werde eine **neue Software** eingeführt, dazu sei eine mehrtätige Mitarbeiterschulung erforderlich, aus diesem Grunde werde die Bürgerservicestelle am Florentiner Bogen vom 27.12.2004 bis zum 11.02.2005 zu schließen, um die dortigen Mitarbeiter zur Verstärkung bei diesen Ausfällen infolge Schulung einsetzen zu können.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, dass die **33. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages** vom 31. Mai bis 2. Juni 2005 in Berlin stattfindet.

Das Generalthema laute: „100 Jahre Deutscher Städtetag“ – Die Zukunft liegt in den Städten. Die Stadt könne zwei Abgeordnete mit Stimmrecht entsenden.

Sie bitte die Fraktionen, bis spätestens Dienstag, 23.11.2004, sich auf insgesamt zwei Vertreter zu verständigen und deren Namen und Anschrift sowie das kommunale Mandat an die Geschäftsstelle Stadtrat zu melden.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 4. öffentliche Sitzung.

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin

und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft

Protokollführerin

